Niederschrift

über die 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.08.2022

Anwesend:

Die Vorsitzende:
Leonards-Schippers, Christiane, Dr.

Die stellvertretende Vorsitzende:
Reh, Andrea

Kreistagsmitglieder:
Grübener, Sabrina, Dr.
Kleinjans, Heinz-Gerd
Kuck, Joey
Lux, Monika (abwesend bei TOP 2)
als Vertreterin für
Jabusch-Pergens, Stephanie
Voßenkaul, Brigitte

Sachkundige Bürger:
Dahmen, Tobias

Mitglieder der Träger der freien Jugendhilfe:
Gärtner, Sibilla Maria
Geiser, Petra
Vaehsen, Claus
als Vertreter für Küppers, Gottfried*
Wagner, Andreas

Beratende Mitglieder:
Beschorner, Ingrid
Krienke, Hans-Peter
Liebernickel, Jakob
Riechert, Dirk
Schößler, Heidrun

Schröder, Anja

Beratende Mitglieder gem. § 41 Abs. 3 KrO:

Braun, Hans
Frings, Irene
als Vertreterin für Dohmen, Michael

Von der Verwaltung:
Maurer, Sonja, Dr.
Meuser, Veronika
Siebmanns, Joachim

Abwesend:

Kreistagsmitglieder:
Jabusch-Pergens, Stephanie*
Sonnenschein, Frank*
und seine Vertreterin Oberhausen, Elke*

Mitglieder derTräger der freien Jugendhilfe:
Hamel, Heino
und sein Vertreter Bey, Jörg
Kohnen, Monika
und ihre Vertreterin Aye, Manuela*
Küppers, Gottfried*

Beratende Mitglieder:
Quack, Elena *
und ihre Vertreterin Egner-Walter, Heike*
Spiertz, Peter*
und seine Vertreterin Küppers, Verena*
Großmann, Anne-Sophie

Beratende Mitglieder gem. § 41 Abs. 3 KrO:
Dohmen, Michael*

*entschuldigt

Anfang: 17:00 Uhr
Ende: 18:15 Uhr

Der Jugendhilfeausschuss versammelt sich heute im Großen Sitzungssaal des Kreishauses in Heinsberg, um über die nachfolgende Tagesordnung zu beraten.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Verpflichtung von Ausschussmitgliedern/stellvertretenden Ausschussmitgliedern
2. Versorgung mit Kita-Plätzen im Kreisjugendamtsbezirk - Sachstandsbericht
3. Antrag nach § 5 GeschO der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.07.2022 - Änderung der Elternbeitragssatzung
4. Bericht der Verwaltung
5. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung:

6. Bauernhofprojekt Janusz-Korczak-Schule – Trägerwechsel und Maßnahmenfortsetzung
7. Bericht der Verwaltung
8. Anfragen

Vor Eintritt in die Beratung weist die Vorsitzende, Frau Dr. Leonards-Schippers, auf den als Tischvorlage 1 vorliegenden Antrag gem. § 10 GeschO der CDU-Fraktion vom 11.08.2022 hin und schlägt vor, wegen der inhaltlichen Zusammengehörigkeit den Antrag der CDU-Fraktion als TOP 3.1 und den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nunmehr als TOP 3.2 abzuhandeln.

Es bestehen keine Einwände, so dass über nachfolgende Tagesordnung beraten wird:

Öffentliche Sitzung:

1. Verpflichtung von Ausschussmitgliedern/stellvertretenden Ausschussmitgliedern
2. Versorgung mit Kita-Plätzen im Kreisjugendamtsbezirk – Sachstandsbericht
3. Anträge

3.1 Antrag gem. § 10 GeschO der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.08.2022: Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.07.2022

3.2 Antrag nach § 5 GeschO der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.07.2022 - Änderung der Elternbeitragssatzung

4. Bericht der Verwaltung
5. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung:

6. Bauernhofprojekt Janusz-Korczak-Schule – Trägerwechsel und Maßnahmenfortsetzung
7. Bericht der Verwaltung
8. Anfragen

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt die Vorsitzende die Tagesordnung, die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 1:

Verpflichtung von Ausschussmitgliedern/stellvertretenden Ausschussmitgliedern

Beratungsfolge: 17.08.2022 Jugendhilfeausschuss

Finanzielle Auswirkungen:	nein

Leitbildrelevanz:	nein

Inklusionsrelevanz:	nein

Ausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören bzw. nicht schon als Mitglieder anderer Ausschüsse verpflichtet worden sind (§ 8 Abs. 3 der Hauptsatzung des Kreises Heinsberg) und an der konstituierenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.12.2020 nicht teilnehmen konnten, sind zu verpflichten.

Vertretungen werden jeweils bei Bedarf zu einem späteren Zeitpunkt verpflichtet.

Die Verpflichtungserklärung hat folgenden Wortlaut:

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises zu erfüllen."

Nach Durchführung der Verpflichtung ist von den Verpflichteten eine vorbereitete Niederschrift zu unterzeichnen.

Verpflichtet werden

Frau Anja Schröder als Mitglied

und

Frau Irene Frings als stellvertretendes Mitglied.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 2:

Versorgung mit Kita-Plätzen im Kreisjugendamtsbezirk - Sachstandsbericht

Beratungsfolge:
17.08.2022 Jugendhilfeausschuss

Finanzielle Auswirkungen:	

Leitbildrelevanz:	

Inklusionsrelevanz:	

Wie in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.03.2022 berichtet, fehlten im Kreisjugendamtsbezirk zu diesem Zeitpunkt 665 Plätze in der Kindertagesbetreuung (zzgl. 208 Überbelegungen).

Die Verwaltung ist intensiv damit befasst, Abhilfe zu schaffen und zusätzliche Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Die meisten fehlenden Plätze entfallen auf die Kommunen Gangelt, Wassenberg und Wegberg.

In Wegberg hat sich die Fertigstellung einer 6-gruppigen Einrichtung verzögert. Nach Aussage des Investors wird mit dem Bau in spätestens zwei Monaten begonnen. Der Investor geht davon aus, dass die Kita im August nächsten Jahres in Betrieb genommen werden kann. Darüber hinaus gibt es weitere Gespräche, die jedoch zunächst der Konkretisierung bedürfen.

In Gangelt ist in Abstimmung mit der Gemeinde u. a. geplant, nach Auszug der OGS der Jakob-Muth-Schule aus dem alten Realschulgebäude (infolge der Verlagerung der OGS in den für die Jakob-Muth-Schule angemieteten Schul-Containerbau) dort eine Kindertagesstätte einzurichten. Das DRK hat sich bereit erklärt, die Trägerschaft hierfür zu übernehmen. Nach erster Einschätzung der Gemeinde könnte die Kita nach Umbau ggf. bereits zum Start des Kindergartenjahres 2023/24 in Betrieb gehen. Wie viele Gruppen dort untergebracht werden können, steht erst nach der Vorplanung sowie der Beteiligung des LVR fest; nach vorläufiger Einschätzung könnten die Räumlichkeiten für vier Gruppen ausreichend sein. Darüber hinaus gibt es Gespräche mit dem Investor der Kita Schierwaldenrath über eine Erweiterung derselben um zwei Gruppen.

Auch in Wassenberg gibt es Gespräche mit potenziellen Investoren für Kita-Projekte, allerdings kann hier nicht auf vorhandene Bausubstanz wie in Gangelt zurückgegriffen werden. Bei einem Neubau in herkömmlicher Bauweise ist erfahrungsgemäß bis zur Inbetriebnahme mit einer Zeitdauer von mehr als zwei Jahren zu rechnen.

Um auch hier schneller weitere Kita-Plätze anbieten und den Anspruch auf Kindertagesbetreuung erfüllen zu können, laufen aktuell Gespräche mit einem potentiellen Investor über die Errichtung einer Kita in Modulbauweise; die Stadt Wassenberg hat signalisiert, hierzu unter Vorbehalt eines entsprechenden politischen Gremienbeschlusses ein städtisches Grundstück an der Pletschmühlenstraße zur Verfügung zu stellen. Die AWO ist bereit, die Trägerschaft zu übernehmen.

Sollte sich die Idee einer Kita in Modulbauweise zerschlagen, besteht im Sinne einer zügigen Zurverfügungstellung weiterer Kita-Plätze zur Überbrückung die Möglichkeit der Anmietung einer Containerbau-„Kita", welche aktuell noch in der Stadt Geilenkirchen genutzt wird. Ein entsprechender politischer Beschluss wäre zu einem späteren Zeitpunkt zu fassen.

Auch hinsichtlich der übrigen Kommunen im Kreisjugendamtsbezirk wurden Überlegungen angestellt und bereits Gespräche geführt, wie und wo weitere Kindergartenplätze geschaffen werden können.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Dr. Grübener zu möglichen Lösungen zur Bedarfsdeckung berichten Frau Dez. Dr. Maurer sowie Frau Meuser über die intensiven Bemühungen des Kreisjugendamtes.

Ausschussmitglied Reh weist darauf hin, dass die Baugebiete im Kreis Heinsberg rasant wachsen und durch den Zuzug von jungen Familien der Bedarf für Plätze in Kindertagesstätten steige. Sie hält es für erforderlich, bei der Bewilligung von Baugebieten die Planung von Kindertagesstätten einzubeziehen.

Auf die Frage nach Plätzen in Kindertagesstätten für geflüchtete Kinder, die im Kreis Heinsberg untergekommen sind, berichtet Frau Meuser über bestehende und geplante Brückenprojekte für diese besondere Situation. Die Vorsitzende erläutert die Problematik und erklärt, dass viele Beteiligte und das Einwirken verschiedener Aspekte die Planung sehr erschweren.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschluss nimmt die Planungen an den Standorten Gangelt und Wassenberg zur Kenntnis und begrüßt die Bemühungen der Verwaltung, zeitnah weitere Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Das Abstimmungsergebnis ist einstimmig.

Ja 11
Nein 0
Enthaltung 0
Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 3

Anträge

Beratungsfolge:
17.08.2022 Jugendhilfeausschuss

Finanzielle Auswirkungen:	

Leitbildrelevanz:	1 und 2

Inklusionsrelevanz:	

Es liegen ein Antrag der CDU-Fraktion als Tischvorlage (Anlage 1 zur Niederschrift) sowie ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Elternbeiträge vor.

Gemäß Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.10.2019 entfällt seit dem 01.08.2020 der Elternbeitrag für Jahreseinkommen unter 27.000 €.

Mangels EDV-unterstützter Auswertungsmöglichkeit und angesichts der Vielzahl der Fälle (rund 4.000 im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes) kann eine genaue Bezifferung der finanziellen Auswirkungen bei Abschaffung der Elternbeiträge für Jahreseinkommen unter 30.000 Euro kurzfristig nicht erfolgen.

Nach überschlägiger Berechnung ergibt sich anhand der aktuellen Zahlen bei unterstellter gleichmäßiger Verteilung der betroffenen Kinder/Eltern innerhalb der Beitragsstufe „über 27.000 bis 38.000 €“, dass im Falle einer Abschaffung der Beiträge für Eltern mit einem Jahreseinkommen unter 30.000 € rund 100 Kinder im Kreisjugendamtsbezirk betroffen wären. Danach ergäben sich Mindereinnahmen auf Seiten des Kreisjugendamtes in Höhe von rund 43.000 € pro Jahr. Dies entspräche einer Entlastung der betroffenen Eltern in Höhe von etwa 430 € jährlich (entspricht einer monatlichen Entlastung in Höhe von rund 36 €).

Hingewiesen sei jedoch noch einmal darauf, dass es sich bei diesen Zahlen nur um das Ergebnis einer überschlägigen Berechnung handelt, welche eine gleichmäßige Verteilung der Betroffenen innerhalb der Beitragsstufe „über 27.000 bis 38.000 €“ unterstellt; die tatsächliche Verteilung der Kinder/Eltern auf die Beitragsstufen kann sich im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes ganz anders verhalten mit der Folge, dass sich die Mindereinnahmen auf Seiten des Kreisjugendamtes sowie die Entlastung auf Seiten der Eltern entsprechend verändern.

Zum Vergleich: In der Stadt Geilenkirchen hat eine Auswertung der Akten ergeben, dass im Zuständigkeitsbereich des dortigen Stadtjugendamtes im Falle einer Neufestsetzung der Grenze für die Beitragsbefreiung bei 30.000 Euro 25 Kinder betroffen sind und hieraus ein jährlicher Einnahmeausfall in Höhe von 11.472,00 € resultiert. Dies entspricht einer Entlastung der betroffenen Eltern in Höhe von 458,88 Euro jährlich (38,24 Euro monatlich).

Eine Abstimmung auf Ebene der Jugendämter im Kreis Heinsberg wurde seitens des Kreisjugendamtes anlässlich des vorliegenden Antrages angestoßen; zum Zeitpunkt des Versandes der Einladung lag ein abgestimmtes Meinungsbild jedoch noch nicht vor.

Tagesordnungspunkt 3.1:

Antrag nach § 10 GeschO der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.08.2022: Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge: 17.08.2022 Jugendhilfeausschuss

Finanzielle Auswirkungen:	

Leitbildrelevanz:	1 und 2

Inklusionsrelevanz:	

Herr Siebmanns ergänzt, dass eine Abstimmung unter den Jugendämtern im Kreis Heinsberg noch nicht erfolgt sei; das Thema werde am 21. September 2022 im Rahmen eines Treffens der Jugendamtsleitungen erörtert werden.

Es folgt eine lebhafte Diskussion mit Wortbeiträgen der Ausschussmitglieder Dr. Grübener, Kleinjans, Reh und Vaehsen. Die Ausschussvorsitzende weist auf verschiedene bereits vorhandene Erleichterungen im Rahmen der Elternbeiträge sowie den vordringlichen Ausbau der Kindertagesstätten hin.

Sodann wird über folgenden Antrag der CDU abgestimmt:

Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit den weiteren Jugendämtern im Kreis Heinsberg auf einheitliche Beiträge und Befreiungsgrenzen bezüglich der beitragspflichtigen Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder zu einigen, bevor im Kreisjugendhilfeausschussüber eine eventuell zu ändernde Elternbeitragssatzung entschieden wird.

Abstimmungsergebnis:

Das Abstimmungsergebnis ist einstimmig.

Ja 9
Nein 0
Enthaltung 3
Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 3.2:

Antrag nach § 5 GeschO der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.07.2022 - Änderung der Elternbeitragssatzung

Beratungsfolge: 17.08.2022 Jugendhilfeausschuss

Finanzielle Auswirkungen:	

Leitbildrelevanz:	1 und 2

Inklusionsrelevanz:	

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ob über ihren Antrag noch abgestimmt werden solle, wird dies bejaht, sodass über folgenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgestimmt wird:

Für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder werden unabhängig von der Betreuungszeit und dem Alter der Kinder bei einem Jahreseinkommen der Eltern unter 30.000 Euro die Beiträge abgeschafft.

Abstimmungsergebnis:

Das Abstimmungsergebnis ist einstimmig.

Ja 3
Nein 9
Enthaltung 0
Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 4:

Bericht der Verwaltung

Beratungsfolge: 17.08.2022 Jugendhilfeausschuss

Finanzielle Auswirkungen:	

Leitbildrelevanz:	

Inklusionsrelevanz:	

Berichte der Verwaltung liegen nicht vor.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 5:

Anfragen

Beratungsfolge: 17.08.2022 Jugendhilfeausschuss

Finanzielle Auswirkungen:	nein

Leitbildrelevanz:	nein

Inklusionsrelevanz:	nein

Anfragen liegen nicht vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18:15 Uhr.

Dr. Christiane Leonards-Schippers
Vorsitzende

Joachim Siebmanns
Schriftführer

Anlage 1

CDU CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS
Fraktion im Kreistag Heinsberg

Kreis Heinsberg

CDU-Kreistagsfraktion • Valkenburger Str. 45 • 52525 Heinsberg

Geschäftsstelle: Zimmer 125
Telefon: 0 24 52 / 13 – 17 10 o. 1711
Telefax: 0 24 52 / 13 – 17 15
E-Mail: CDU-Fraktion@kreis-heinsberg.de

Datum: 11.08.2022

Frau
Dr. Christiane Leonards-Schippers
Beckerstraße
41836 Hückelhoven

Antrag gem. § 10 Abs. 2 GeschO zur Beratung in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses; Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne vom 04.07.2022

Sehr geehrte Frau Dr. Leonards-Schippers,

mit Antrag vom 4. Juli 2022 bittet die Fraktion Bündnis 90/Grüne, zu beschließen, dass für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder unabhängig von der Betreuungszeit und dem Alter der Kinder bei einem Jahreseinkommen der Eltern unter 30.000 Euro die Beiträge abgeschafft werden. Zudem sollen im Kreis Heinsberg einheitliche Beiträge und Befreiungsgrenzen gelten, damit Wanderbewegungen von Betreuungsverhältnissen in Nachbarkommunen vermieden werden.

Bislang galt kreisweit eine einheitliche Beitragsbemessungsgrenze von 27.000 Euro, die nun durch den Geilenkirchener Beschluss aufgeweicht wurde. Bei allem Verständnis für die Probleme aufgrund steigender Inflation und Preise halten wir eine kreisweite Abstimmung aus den genannten Gründen für zwingend notwendig, ehe weitere Beschlüsse gefasst werden, um zu vermeiden, dass diese zu weiteren Verwerfungen im Kreis insgesamt führen.
Zu berücksichtigen ist auch, dass eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze zu Ausfällen von Einnahmen führt, die dann für den weiteren Ausbau von Betreuungsangeboten fehlen; ferner hat die neue Landesregierung in ihrem Zukunftsvertrag angekündigt, auch das dritte Beitragsjahr vor der Einschulung beitragsfrei stellen zu wollen.

Die CDU-Fraktion *beantragt* daher wie folgt geändert zu beschließen:

> **Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit den weiteren Jugendämtern im Kreis Heinsberg auf einheitliche Beiträge und Befreiungsgrenzen bezüglich der beitragspflichtigen Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder zu einigen, bevor im Kreisjugendhilfeausschuss über eine eventuell zu ändernde Elternbeitragssatzung entschieden wird.**

Mit freundlichen Grüßen
Für die CDU-Kreistagsfraktion Heinsberg

Harald Schlößer Fraktionsvorsitzender	Martin Kliemt Geschäftsführer	Daniel Reichling Geschäftsführer

Vorsitzender: Harald Schlößer • Am Löwenicher Weg 6 • 41812 Erkelenz
1. stv. Vors.: Anna Stelten • Herkenrather Weg 27 • 52538 Selfkant
2. stv. Vors.: Dr. Christiane Leonards-Schippers • Beckerstraße 16 • 41836 Hückelhoven
3. stv. Vors.: Dr. Ferdinand Schmitz • Schrofmühle 2 • 41844 Wegberg

Geschäftsführer: Martin Kliemt • Daniel Reichling
Valkenburger Str. 45 • 52525 Heinsberg
Bankverbindung: Kreissparkasse Heinsberg
IBAN: DE28 3125 1220 0002 0004 04 • BIC: WELADED1ERK